

Wir zahlen nicht für eure Krise! Das Kapital soll die Krise bezahlen!

Demonstrieren wir alle gemeinsam gegen die Abwälzung der Krise auf unsere Schultern – am 28. März in Berlin und Frankfurt!

Wir stecken mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit der großen Krise von 1929. Neben den Pleitewellen bei Banken und Versicherungen kommen jetzt die Horrormeldungen aus allen Zweigen der Industrie: Die europäischen GM-Töchter Opel, Vauxhall und Saab mit ca. 50.000 Kolleg/innen stehen vor der Pleite. Diese bedroht auch die Zulieferer und damit weitere zehntausende Beschäftigte. Nicht anders sieht es in der Stahlindustrie aus, in der Elektroindustrie, in der Chemieindustrie usw. usf. Jetzt aktuell werden Leiharbeiter entlassen, gibt es Kurzarbeit im großen Maßstab – aber das ist nur das Vorspiel zu Betriebsschließungen, Entlassungen und anderen Angriffen, die uns noch bevorstehen.

**Krempeln wir die Ärmel hoch!
Bereiten wir uns darauf
vor, um unsere Arbeitsplätze
und Löhne zu kämpfen!**

Immer massiver wird der Druck des Kapitals gegen Beschäftigte und Gewerkschaften:

Die Kurzarbeit wächst dramatisch. Sparprogramme, wie bei Daimler und anderen Unternehmen, verstärken auch in der Krise den Druck weiter! Die Kapitalisten wollen an den Zuschüssen zum Kurzarbeitergeld sparen, die sie zahlen müssen. Sie fordern, die lumpigen Lohnerhöhungen des letzten Schandabschlusses der Metalltarifrunde zu verschieben. Die Gewerkschaften (gemeint sind die Beschäftigten!!) werden angepöbeln, als seien sie die Verantwortlichen für die Krise: Sie sollten sich endlich bewegen, um in der Krise die Kosten weiter zu senken und, und, und....

Zugleich fordert das Kapital für sich immer weitere Steuersenkungen und andere Erleichterungen!

Allein machen sie Dich ein!

Diese alte Erkenntnis der Arbeiterbewegung wird in der Krise wieder aktuell. Das Kapital spaltet uns gern in Leiharbeiter, Befristete, Festeingestellte, junge und ältere Kolleg/innen, Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer, Billiglöhne gegen Tariflöhne usw. usf.

Die Erfahrung zeigt, dass jeder einzelne schwach und den Erpressungen des Kapitals ausgeliefert ist. Deshalb ist die Organisie-



3.4.04, Berlin: Demonstration gegen Sozialabbau und Hartz IV

rung in den Gewerkschaften gerade in der Krise von allergrößter Bedeutung. Zugleich müssen wir in den Gewerkschaften dafür kämpfen, dass diese unnachgiebig gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf uns eintreten. Wir müssen dafür kämpfen, dass Gewerkschaftsführer, die mit dem Kapital zusammenarbeiten und dem Kapital zu Milliarden Euro Staatshilfen verhelfen, beiseite geschoben und, wo immer es geht, entmachtet werden. Unser gewerkschaftlicher Kampf muss unsre Löhne und Arbeitsplätze erhalten, auf Kosten der gigantischen Profite, mit denen sich in den letzten Jahren zahlreiche kapitalistische Unternehmen und ihre Besitzer gemästet haben!

Gerade in der Krise brauchen wir starke und kämpferische Gewerkschaften!

Da wird allen Ernstes von „Not leidenden Banken“ gesprochen! Nicht umsonst ist dieses Wort gerade zum Unwort des Jahres erklärt worden. Wer leidet eigentlich wirklich Not, ist wirklich Opfer der Krise? Das sind nicht die Banken und Versicherungen, nicht die Konzerne wie Opel und andere, nicht Milliardäre wie Schaeffler usw. Opfer der Krise sind die Arbeiterklasse und die breiten Massen der arbeitenden Menschen, die Erwerbslosen, die arbeitende Jugend, die Schüler/innen und Studierenden, die Rentner/innen.

Jahrelang wurde uns weisgemacht, es sei kein Geld da für die Jugend, für Bildung, für das Gesundheitswesen und die Verbesserung

der Sozialleistungen – und jetzt werden umstandslos hunderte Milliarden Euro in Konjunkturpakete gesteckt – das heißt: den Banken und Konzernen in den Rachen geschmissen!

Dieses Geld kommt aus dem Steuertopf, also aus unseren Taschen! Wir sollen bezahlen, was die Kapitalistenklasse angerichtet hat. Und wir wissen genau, dass dieses Geld auch dazu verwendet wird, weitere Arbeitsplätze wegzurationalisieren – und damit die nächste Krise vorzubereiten!

Lassen wir uns vom Kapital, von der Regierung und von den bürgerlichen Medien keinen Sand in die Augen streuen:

Die Krise ist nicht Folge des Fehlverhaltens einiger Manager oder Folge einer lückenhaften Gesetzgebung, einer Unachtsamkeit oder sagen wir: ein Betriebsunfall.

Die Ursache dieser Krise ist der Kapitalismus selbst! Es handelt sich um eine Überproduktionskrise, wie sie die kapitalistische Gesellschaft gesetzmäßig hervorbringt: Die Produktivkräfte haben sich in den letzten Jahrzehnten gewaltig entwickelt. Mit immer weniger Arbeitskraft werden immer größere Mengen an Waren hergestellt. Zugleich wird die große Masse der Bevölkerung, Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, kleine Angestellte, vom Kapital derart geschöpft, sodass keine zahlungskräftige Nachfrage besteht. Große Mengen an Häusern, Autos, Einrichtungsgegenständen, Kleidung usw. können nicht verkauft werden, nicht zuletzt weil Millionen Menschen selbst in der reichen BRD in Not und Armut leben. Deshalb stehen die Fließbänder still. Das ist der wichtigste Grund für

die Krise!

Einer der Faktoren, die die Krise zusätzlich verschärfen, ist das historisch einmalige Wachstum des Kredits. Um den Ausbruch der Krise hinauszuzögern, hat das Kapital den Konsum über Staatsverschuldung und Privatkredite solange angeheizt, bis alles zusammenbrach. Riesige Kapitalsummen können nicht mehr profitabel in der Produktion angelegt werden, gehen deshalb in Kredit und Spekulation und verschärfen so weiter die unlösbaren Widersprüche der kapitalistischen Produktion. Die Überproduktion wurde dadurch noch erhöht.

Die ungeheure Krise hat in vielen Staaten bereits zu Unruhen und Aufständen geführt. Regierungen wie in Island mussten dem Protest der Massen weichen. Diesen Menschen gilt unsere Solidarität! Auch in Deutschland wächst die Unzufriedenheit mit dem Kapital und seiner Regierung. Die Herrschenden rechnen mit weiteren Unruhen, wenn die Krise ihr volles Ausmaß erreicht und viele Menschen immer tiefer ins Elend gestoßen werden. Daher werden derzeit zahlreiche demokratische Rechte abgebaut und ein Spitzel- und Überwachungsstaat aufgebaut.

Das kapitalistische System kann seine Widersprüche nicht lösen. Kam die Krise durch Überproduktion, so versucht die Regierung die Krise zu beseitigen, indem sie den Konsum auf Pump anheizt. Wurde die Krise durch immense Kredite noch verschärft, so antwortet die Regierung darauf mit noch mehr Kredit. In der Krise wird sich

eine kleine Gruppe bereichern. Die Konzentration zu immer größeren Kapitalien wird voranschreiten. Während die einen immer reicher werden, steigt auf der anderen Seite die Armut. Die neuen Staatsschulden werden wir bald mit einer weiteren Welle des Sozialkahlenschlags bezahlen müssen! Die Staatsverschuldung nimmt so gewaltig zu, dass Staatsbankrotte möglich werden. Dann werden die Rentner enteignet, Sparer durch Inflation oder Währungsreform arm gemacht. Im Kapitalismus wird die Krise dadurch „gelöst“, dass alles nur noch wackli-

sellschaft der gemeinschaftlich, kreativ, nachhaltig, menschenfreundlich zusammenarbeitenden Menschen, in der es sich leben lässt und in der diejenigen keinen Platz haben, die um ihres privaten Vorteils willen notfalls alles „unter den Fuß stampfen“ (Karl Marx), was ihnen in die Quere kommt. Er kämpfen wir einen Sozialismus, einen Kommunismus, der diesen Namen verdient, der die Lehren aus seinem ersten Scheitern radikal zieht und den Menschen eine Zukunftsperspektive bietet. Damit meinen wir nicht die entarteten, pseudo-sozialistischen Regimes in der UdSSR eines Chruschtschow oder Breschnew oder in der DDR eines Ulbricht oder Honecker, sondern eine Gesellschaft, in der Produktionsmittel und Produkte tatsächlich denen gehören, die sie erarbeiten, den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Dies erfordert eine Revolution, gegen die sich alle Kräfte, alle Parteien des Kapitals mit allen Mitteln wehren werden. Einen anderen Weg aus dem Krisensystem des Kapitals gibt es nicht!

Jetzt gilt es, die Angriffe des Kapitals und seiner Regierung abzuwehren. Dazu ist es notwendig, dass Arbeiterinnen und Arbeiter, Erwerbslose wie Werkstätige, Studentinnen und Studenten, Schülerinnen und Schüler, Rentnerinnen und Rentner eine breite, kämpferische Front gegen die Abwälzung der Krise auf unsere Schultern bilden. Wir sind es, die gegenüber dem Kapital in die Offensive gehen müssen. Das setzt Kampfkraft, Ausdauer und Entschlossenheit voraus.

28. März 09: Demonstrationen Wir zahlen nicht für eure Krise!

Frankfurt, 12 Uhr ab Hauptbahnhof
und Bockenheimer Warte, Abschluss
15 Uhr, Römerberg

Berlin, 12 Uhr ab Rotes Rathaus,
Abschluss 15 Uhr, Gendarmenmarkt

ger und katastrophaler wird.

Alles für das Kapital, Elend und Entwürdigung für die Werkstätigen!

Ein solches Wirtschaften, eine solche Gesellschaft ist für die Menschheit tödlich, eine Katastrophe! Damit muss endlich Schluss gemacht werden! Er kämpfen wir eine Ge-

Kämpfen wir jetzt, in der Krise, für die Umsetzung folgender Forderungen:

- **Steuern auf Kapital, Vermögen und hohe Einkommen drastisch erhöhen: Körperschafts- und Einkommenssteuerspitzenatz von 56%! Hohe Steuer auf Börsenumsätze!**
- **Löhne hoch statt ständiger Lohnsenkungen!**
- **Lohnsteuer und Mehrwertsteuer runter! Geringverdiener steuerfrei!**
- **Gesetzliche 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, um das Erreichte zu sichern und voll durchzusetzen!**
- **Weitere Arbeitszeitverkürzung! Die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist unser Ziel!**
- **Strikte gesetzliche Beschränkung der Mehrarbeit!**
- **Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro/Stunde!**
- **Gleicher Lohn in Ost und West, für Männer und Frauen!**
- **Menschenwürdiges Arbeitslosengeld!**
- **Rücknahme der Hartz-Gesetze!**
- **Keine Entlassungen in der Krise! Hände weg vom Kündigungsschutz!**
- **Bei Kurzarbeit voller Lohnausgleich durch das Kapital sowie Anspruch auf Fortbildung und Qualifizierung!**
- **Verbot der Leiharbeit! Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)! Festeinstellung statt Leiharbeit!**
- **500 Milliarden nicht für die Banken, sondern mehr Geld für Rentner, Bildung, Gesundheitswesen und Soziales!**
- **Verteidigung und Ausbau aller Sozialleistungen!**
- **Rückführung des Rentenalters von 67 auf höchstens 65! Ziel: Rente mit 60!**
- **Rentenerhöhungen mindestens in Höhe der Inflation!**
- **Uneingeschränktes politisches Streikrecht!**
- **Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen!**
- **Recht auf Ausbildung und Übernahme in allen Betrieben!**
- **Nicht nur Flickschusterei an Schulhausfassaden und -dächern, sondern völlig kostenlose gemeinsame Bildung und eine gemeinsame Schule für alle!**

***Gemeinsame Erklärung von Arbeit Zukunft,
KPD, KPD/ML, Sozialistische Linke-Hamburg***

Kontakt:

webmaster@arbeit-zukunft.de,
Verlag AZ, Postf. 401051, 70410
Stuttgart,
info@kpd-online.info, Verlag RM,
Postfach 900753, 60447 Frankfurt/M.,
sol-hh@gmx.de, SOL, Postfach
304102, 20324 Hamburg
kontakt@kpd-ml.org, KPD/ML,
Postf. 35 11 02, 39034 Magdeburg

Alle gemeinsam gegen das Kapital! Die Perspektive ist der Sozialismus!